

AL Info⁶₁₈

- 2 Gibt es für die Alternativen von Links eine nationale Perspektive?
- 3 Wie die AL mit Frauenpower in die Kantonsratswahlen 2019 startet.
- 4 Der neue kommunale Richtplan für Zürich wirft die soziale Frage auf.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

AL goes Agglo

Traut man dem Trend der Frühjahrswahlen, kann die AL bei den Kantonsratswahlen vom 24. März 2019 mit zwei zusätzlichen Sitzen rechnen. Doch es braucht mehr. Es braucht Engagement, lokale Präsenz und Nachwuchs auch ausserhalb der Stadt, um die AL im Kanton nachhaltig zu stärken.

Die Stadtzürcher Wahlen sind ein verlässlicher Indikator für den Ausgang der Kantonsratswahlen und mögliche Sitzgewinne: trotz massiv niedrigerer Stimmbeteiligung legen jeweils über 90 Prozent der AL-Wählenden auch beim Kantonsrat unsere Liste ein. Angesichts des starken Wählerzuwachses im März 2018 bestehen damit reale Chancen, 2019 zwei zusätzliche Sitze zu gewinnen. Zwar entfällt nur ein Drittel der Stimmberechtigten auf die Städte Zürich und Winterthur, doch die AL holt hier drei Viertel ihrer Stimmen. Von daher dürften bei diesen Wahlen mögliche Sitzgewinne am ehesten in den städtischen Wahlkreisen 1+2 und 7+8 anfallen, wo die AL bisher noch keine Mandate hat.

Zürich grösser denken

Soweit so gut. Oder auch nicht. Denn wir wollen mehr. Wir wollen uns im ganzen Kanton besser verankern. Wir dürfen uns nicht auf den Erfolgen in der linksgrünen Wohlfühlloase Zürich ausruhen. Die Verstärkerung im Umland von Zürich nimmt zu. Nicht nur beim Verkehr, wo sie über den Verkehrsverbund notgedrungen bereits spielt, sondern auch bei der Gestaltung der künftigen Siedlungsentwicklung brauchen wir eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus. Wir brauchen aufeinander abgestimmte Richtpläne und Bau- und Zonenordnungen, die das Wachstum

in erträgliche Bahnen lenken und dafür sorgen, dass sich auch Agglomerationen ausgeglichen entwickeln können. Die masslose Mobilität muss hinterfragt werden und es braucht Lösungen für eine stärkere Dezentralisierung der Arbeitsplätze. Zürich und seine Umlandgemeinden müssen auch beginnen, über engere Kooperationen und bis hin zu Gemeindefusionen nachzudenken. Wer den demokratischen Gestaltungsspielraum erhalten und ausbauen will, muss weiterdenken als bis zur nächsten Orts- und Kommunalwahlen vom Frühling mit massiven Verlusten der SVP und Zugewinnen von Linksrück und auch die SBI-Abstimmung zeigen, dass die simple JA-zur-Schweiz-Rhetorik auch in den Agglomerationsgemeinden nicht mehr so verfangt wie früher. Diesen Schwung wollen wir nutzen. In den Wahlbezirken ausserhalb von Zürich und Winterthur steigen wir in den Kampf um die Eroberung der Agglo mit starken Listen und engagierten Menschen an der Spitze: mit Ruedi Elmer in Bülach, Hanna Jufer in Dielsdorf, Ernst Joss in Dietikon, Bigi Obrist in Hinwil, Beatrice Rinderknecht in Meilen, Nina Schneider in Pfäffikon und Mark Divo in Uster.

AL-Themen punkten überall

Genug erschwingliche Wohnungen, faire Steuern statt Umverteilung nach oben, bezahlbare Kinderbetreuung, gleiche Rechte und gleiche Löhne für Frauen, Nein zu Privatisierungen und Ausgliederungen, Ausbau statt Abstriche bei der Prämienverbilligung: Diese Kernthemen der AL beschäftigen bei weitem nicht nur die Menschen in den rot-grünen Hochburgen. Und mit unse-

ren Kampagnen, Initiativen und Referenden haben wir hier auch einen konkreten Leistungsausweis. Last but not least: Die AL sagt auch entschieden Nein zu einer Sparpolitik des Kantons, mit der Lasten auf die Gemeinden abgeschoben werden.

An harten Verteilungskämpfen wird es in nächster Zeit nicht fehlen. Im Zuge der eidgenössischen Unternehmenssteuerreform will die Regierung die kantonalen Firmensteuern um einen Viertel reduzieren, der Kantonsrat zudem den Steuerfuss ab 2020 um 2 Prozent senken. Mit der Steuerfuss-Senkung brechen beim Kanton 140 Millionen, mit der Reduktion der Firmensteuern bei Kanton und Gemeinden eine halbe Milliarde Franken Einnahmen weg. Die Folgen sind absehbar: Kürzungen und Abwälzung von Kosten auf die Gemeinden bei Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen, die das Gros der kantonalen Ausgaben ausmachen. Statt Steuern zu senken, muss der Kanton vermehrt investieren – vorab in der Bildung. Es ist unzumutbar, dass er die Gemeinden verpflichtet, Tagesschulen aufzubauen, ohne sich mit einem Franken an dieser zwingend nötigen Weiterentwicklung der Schule zu beteiligen. Und gleichzeitig Firmen und Grossverdienern Steuernachlässe gewährt.

Sitzgewinne allein sind nur ein Aspekt des Erfolgs. Sie können motivieren und beflügeln. Aber ebenso sehr brauchen wir Menschen vor Ort, die während den nächsten vier Jahren die Politik der AL mittragen und mitprägen. Wir brauchen neue, junge, weibliche Kräfte, die das Wachstum der AL auch gegen innen nachhaltig stärken. Damit die AL ihre Unruhe bewahrt.

AL-Wahlkampfteam

Parolen

Abstimmungen vom 10. Februar 2019

BUND

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» **JA**

KANTON

Wassergesetz **NEIN**

Hundegesetz **NEIN**

STADT ZÜRICH

Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain, Quartier Seebach, Objektkredit 131,91 Millionen Franken **JA**

Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit 128,7 Millionen Franken **JA**

Termine

Dienstag, 8. Januar 2019 ab 18 Uhr
AL Neujahrs-Apéro im Helsinki Zürich, Bhf. Hardbrücke.
Der erste AL-Anlass im neuen Jahr mit Bar, Apéro-Buffer und Crêpes-Stand. Wanda Wylowa fühlt Wädi Angst auf den Zahn. Danach Slam Poetry mit Martina Hügi. Unsere AL-Parlamentarier*innen stehen hinter der Bar!

Alle aktuellen Termine auf www.al-zh.ch/termine.

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Marco Toscano, Nadim Chammas, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch,
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano, Nadim Chammas

Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Attilio Stoppa, Dayana Mordasini, Marco Toscano, Nadim Chammas

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

AL lokal? AL national!

Zurzeit richtet sich der Wahlkampf-Fokus der AL voll auf die Kantonsratswahlen vom 24. März 2019. Die Listen stehen, die Leute sind motiviert und in den Startlöchern für die heisse Phase ab Januar. Doch die Kantonsratswahlen sind nicht das Einzige, was im nächsten Jahr ansteht. Am 20. Oktober 2019 finden auch wieder Nationalratswahlen statt.

Mit 8'555 Wählerstimmen respektive 2.01% (inkl. PdA) hat die AL bei den Nationalratswahlen 2015 gegenüber 2011 zwar um zwei Drittel zugelegt, den Einzug ins Bundesparlament haben wir jedoch um 1'560 Stimmen (0.37%) verpasst. Wie schon früher konnten wir zwar unseren Wählerstamm der Kantonsratswahlen wieder vollständig mobilisieren, darüber hinaus aber keine Stimmen hinzugewinnen. Das wirkte sich angesichts der massiv höheren Stimmbeteiligung bei den Nationalratswahlen negativ aus. Offenbar nahmen uns potentielle AL-Wählerinnen und Wähler primär als städtische, allenfalls kantonale Partei wahr und gaben darum den auf nationaler Ebene bereits agierenden linksgrünen Parteien den Vorzug. Eine verkürzte Optik, waren und sind es doch oftmals die Städte, wo neue Paradigmen – von der AHV über die Drogenpolitik bis zur 2000-Watt-Gesellschaft – ausprobiert werden, die später auf nationaler Ebene mehrheitsfähig werden. Und überhaupt ergibt sich, wenn man sich Kernthemen und zentrale Kampagnen der AL anschaut, ein anderes Bild: Steuergerechtigkeit (Abschaffung der Pauschalbesteuerung, Unternehmenssteuerreformen), Gesundheitspolitik (Prämienverbilligung), Kampf gegen Privatisierung und Liberalisierung (z.B. Strommarkt-Referendum), Gleichstellung sowie Grund- und Freiheitsrechte sind nicht nur für Zürcher*innen von Interesse. Sie gehen uns alle an.

Linke Alternativen in Bundesbern

Bisher sitzen mit Denis de la Reussille (PdA, Neuenburg) und Sibel Arslan (BastA, Baselstadt) zwei Alternativlinke im Bundesparlament. Eine dezidiert linke Stimme im Nationalrat – möglichst in Fraktionsstärke – ist mehr als wünschenswert. Die Voraussetzungen dafür sind diesmal deutlich besser. In der Waadt und in Genf stehen wegen der demografischen Entwicklung je ein Nationalratssitz mehr zur Verfügung; die Chancen für die Alter-

nativen Linken, zu einem Sitz zu gelangen, stehen damit besser als auch schon. Im Tessin hat sich mit dem «Forum Alternativo» eine parteiähnliche Gruppierung formiert, die ein Referendum gegen die Senkung der Kapital- und Vermögenssteuern lanciert hat und in der Abstimmung vom April 2018 nur hauchdünn gescheitert ist. Auch hier sind die Chancen intakt. Bei einem Sitzgewinn der AL Zürich wäre das Ziel, Fraktionsstärke zu erreichen und so eine starke Stimme im Rat zu bilden, in Reichweite.

Die Zeit ist reif

Voraussetzung für einen Sitzgewinn der AL in Zürich ist ein gutes Ergebnis bei den Kantonsratswahlen im März, die jeweils als Stimmungsbarometer für die Nationalratswahlen gelten. 7 Sitze und mindestens 10'000 Wählerinnen und Wähler sind das klare Ziel. Andererseits braucht es auch eine gute Zusammenarbeit mit den anderen linksalternativen Playern auf nationaler Ebene. Alte, in Zersplitterung mündende Grabenkämpfe haben frühere diesbezügliche Anläufe jeweils erschwert. Doch nun zeigt sich ein Generationswechsel an. Die ALs in Bern und Schaffhausen haben eine jüngere Geschichte und die POP/PdA Waadt hat ihren Vorstand gerade massiv verjüngt und erneuert.

Die Zeichen stehen gut. Und die Zeit ist schon längst reif.

Lisa Letnansky, Niggi Scherr

Auf nach Bern!

In einem Jahr wird das eidg. Parlament gewählt. Die AL will endlich einen Sitz im nationalen Gremium. Dafür brauchen wir Dich! Willst Du die AL als Nationalrät*in in Bern vertreten? Willst Du auf einem Spitzenplatz kandidieren und bei einer spannenden Wahlkampagne mitmachen? Dann schreib uns bis Ende Januar 2019 was, Dich nach Bern zieht, wie Du Dich engagieren willst und welche politischen Themen Du als Nationalrät*in einbringen möchtest. Am besten erreichst Du uns unter:
sekretariat@al-zh.ch

Elvira Wiegers im Gespräch



Sie will für die AL in den Kantonsrat: Gewerkschafterin Elvira Wiegers.

Elvira, du betreust beim VPOD den Gesundheitsbereich. Was beschäftigt dich aktuell?

Der geplante Frauenstreik am 14. Juni 2019. Fast die Hälfte des Gesundheitspersonals steigt wieder aus dem Beruf aus, weil sie die Arbeitsbedingungen nicht mehr ertragen. Dies ist einer von vielen Missständen, gegen die wir protestieren wollen. Gelingen kann dies aber nur, wenn wir an diesem Tag alle zusammenstehen.

Was interessiert dich?

Die Frage der Gerechtigkeit. Das zieht sich wie ein roter Faden durch mein Leben.

Wurdest du über die Gerechtigkeitsfrage politisiert?

Ja. Meine Eltern sind in den 60er Jahren aus Holland eingewandert. Ich bin in einem Arbeiterquartier im Aargau aufgewachsen. Die Schwarzenbach-Initiative in den 70er Jahren hat meine Eltern und indirekt auch mich negativ geprägt. Die Einstellung der Schweiz gegenüber Ausländer*innen macht mich auch heute noch hässig.

Warst du auch schon politisch aktiv?

Nein. Aber ich arbeitete bereits in jungen Jahren mit politisch bewegten Menschen zusammen. Sie inspirierten mich, und ab einem bestimmten Zeitpunkt arbeitete ich nur noch in Jobs, in denen ich etwas bewegen kann. Ich liess mich erst 2014 einbürgern. Dies war gleichzeitig der Startschuss, politisch aktiv zu werden und mich einer Partei anzunähern.

Und wieso kandidierst du jetzt für die AL?

Ich möchte auch politisch etwas bewegen und bin bereit, aus einer Minderheitsposition heraus diese Herausforderung innerhalb des politischen Systems anzugehen.

Und weshalb die AL?

Die Inhalte der AL passen weitgehend zu meinen politischen Ansichten und Forderungen. Die AL zeigt Witz und Kreativität, aber auch Durchhaltevermögen und Rückgrat. Sie dient sich nicht der Macht an, sondern bezieht aus Überzeugung Position.

Weshalb möchtest du Kantonsrätin werden?

Im Kantonsrat werden wichtige Strukturfragen geklärt. Hier wird der Rahmen abgesteckt, in dem sich die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bewegen. Im Kantonsrat wird auch über den Umgang mit Ressourcen entschieden. An genau dieser Stelle möchte ich mitreden und mitstreiten.

Interview: Dayana Mordasini

AL-Filmtipp



Rosa Maino empfiehlt: Das Kino – ein Fest

Der Slogan des Zurich Film Festival – «ein Fest für das Kino» – mutiert in meinem Kopf stets zu «ein Fest fürs Fest»,

weil der ehrlicher und treffender ist. Der Kinobesuch als solcher ist ein festliches Gemeinschaftserlebnis, besonders dann, wenn er nicht von aufdringlichem Merchandising, Sponsorenwerbung, fragwürdigen Wohlfahrts- oder Menschenrecht-Partnerschaften, provinziell Galatralala auf roten oder grünen Teppichen getrübt wird. In diesem Sinne empfehle ich allen AL-Info-Leser*innen eine ganze Reihe kleiner feiner Studiofilme, die ich selber weder als Gala-, Special- noch Border-Line-Screening sondern in den kommenden Wochen als glanzvoll reguläre Vorführung im Kino anschauen: Spielfilme von talentierten Filmemacherinnen wie Rohena Gera, SIR, Nadine Labaki, CAPHARNAÛM, und Wanari Kahiu, RAFIKI, sowie die neusten Würfe von Pawel Pawlikowski, Hirokazu Kore-eda und Christian Frei: COLD WAR, SHOP-LIFTERS und GENESIS 2.0.

Let's do it mit Frauenpower!

Die AL startet mit viel Frauenpower in die Parlamentswahlen 2019. Ziel ist, die aktuelle Kantonsratsfraktion durch mindestens zwei weitere Sitze zu verstärken. Die reine Frauenliste für den Wahlkreis 7/8 wird angeführt durch Elvira Wiegers. Weitere Spitzenkandidatinnen auf dem ersten Platz präsentiert die AL in insgesamt drei Wahlkreisen der Stadt Zürich sowie in Meilen, Affoltern, Pfäffikon, Dielsdorf, Wetzikon und Horgen.

Damit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sich nachhaltig verändern können, braucht es nicht nur gerechte Strukturen und breiter abgestützte Debatten, sondern vor allem auch mehr weibliche Partizipation an der Macht. Die Kandidatinnen der AL stellen sich voller Elan und Entschlossenheit dieser Herausforderung. Sie

sind sich bewusst, dass es viel Knochenarbeit, Durchhaltevermögen und Biss braucht, um Forderungen nach einer frauengerechteren Arbeitsteilung und Politik erfolgreich durchzusetzen. Es braucht endlich Strukturen, die den Lebensentwürfen von Frauen gerechter werden.

Dazu gehören Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Mann und Frau.

Keine Frau soll künftig mehr von Altersarmut betroffen sein, weil sie Kinder aufgezogen oder Angehörige betreut hat und dafür grosse Rentelücken in Kauf nehmen muss. Deshalb braucht es endlich zeitgemässe Arbeitsmodelle und Sozialversicherungslösungen.

Wachstum nur mit sozialem Augenmass

Die Stadt Zürich hat ein rasantes Bevölkerungswachstum hinter und ein grosses vor sich. Von 2007 bis 2017 hat die Wohnbevölkerung von 376 815 auf 423 310 zugenommen. Das sind über 4500 Personen pro Jahr; bei einer durchschnittlichen Belegung von zwei Personen bedeutet das jedes Jahr mehr als 2000 Wohnungen, die neu erstellt werden müssen. Um der Zersiedelung entgegenzuwirken, müssen die Städte Zürich und Winterthur und die «urbanen Stadtlandschaften» entlang der S-Bahn-Linien – so die Vorgaben des Kantons – 80 Prozent des künftigen Bevölkerungszuwachses aufnehmen. Ein Viertel bis ein Drittel des Wachstums entfällt allein auf die Stadt Zürich; die mittlere Bevölkerungsprognose rechnet für 2040 mit 520 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wie das funktionieren soll, muss die Stadt im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLöBA) aufzeigen. Vom 22. September bis zum 29. November 2018 hat der Stadtrat seinen SLöBA-Entwurf öffentlich aufgelegt. Die AL hat dazu einen spannenden und gut besuchten Workshop veranstaltet, eine vierköpfige Arbeitsgruppe hat im Anschluss daran eine substantielle Eingabe mit 16 Einwendungen eingereicht.

Wohnstadt stärken – Arbeitsplätze plafonieren

Ein zentraler Kritikpunkt ist das Fehlen einer Strategie zur Arbeitsplatzentwicklung, hier fordert die AL klar eine Fokussierung auf die Wohnstadt Zürich und eine Plafonierung der Arbeitsplätze, um die Pendlerströme einzudämmen. Um das Verdichtungsziel des Kantons und eine ausgewogenere regionale Entwicklung zu erreichen, ist – nicht nur beim Verkehr – eine viel intensivere planerische Kooperation zwischen der Stadt und den Gemeinden des ersten Agglomerationsgürtels erforderlich. Dazu gehört auch eine Überprüfung der politischen und institutionellen Strukturen und eine ernsthafte Diskussion möglicher Fusionen mit Gemeinden der Glattal- und Limmattal-Stadt (Vision «Zürich 2034»).

Verdichtung bedeutet mehr Abbrüche

Um das Bevölkerungswachstum aufzufangen, sieht der Richtplanentwurf 13 zusätzliche Verdichtungsgebiete, primär im Norden (Seebach und Schwamen-



dingen) und Westen (Friesenberg, Albisrieden, Altstetten), vor. Konkret bedeutet das in einer anschliessenden Zonenplanrevision ein bis drei Geschosse mehr. Durchaus wohnliche Städte wie Basel mit 87 Personen pro Hektar und Genf (127) haben bereits heute eine knapp zwei- bis dreimal so hohe Einwohnerdichte wie Zürich mit 46 Personen pro Hektare. Theoretisch wäre von daher ein wohnliches Halbmillionen-Zürich kein Problem. Der Teufel steckt jedoch wie immer im Detail. Da die vorhandenen Brachen (Zentrum Zürich Nord, Zollfreilager, SBB-Areale etc.) weitgehend überbaut worden sind, bleibt für ein zusätzliches Bevölkerungswachstum nur der Abbruch zahlreicher, vielfach noch relativ günstiger Altbauwohnungen.

Massive soziale Defizite

Der Richtplanentwurf des Stadtrats blendet die negativen sozialen Auswirkungen auf die bisherige Bewohnerschaft weitgehend aus. Diese müssen vermehrt ins Zentrum gerückt und gezielte Gegenmassnahmen getroffen werden. Das vom Stadtrat vorgesehene passive «soziale Monitoring» genügt nicht. Es braucht einen politisch und sozial aktiv gestalteten Entwicklungsprozess in Etappen. Dabei sollen auch Instrumente zum Einsatz kommen, wie sie die Vorschriften zur Gebietssanierung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG § 186 ff.) vorsehen: Schutz vor sozialer Verdrängung, Angebot von zahlbaren Ersatzwohnungen etc. Zentral ist die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum für die ältere Bevölkerung, die am stärksten vom Ersatzneubau betroffen ist. Zu einer aktiv gestalteten Siedlungspolitik gehört auch ein temporärer Verzicht auf die Bonusre-

gelung für Arealüberbauungen, um eine unkoordinierte Flickenteppich-Verdichtung der Stadt zu verhindern.

Fehlende Massnahmen gegen Zweitwohnungen

Aus Sicht von Ökologie und Ressourcenverbrauch ist nicht so sehr die rein bauliche Verdichtung, sondern primär die Nutzungsdichte, der Wohnflächenverbrauch pro Person, entscheidend. Ein Problem ist auch die vermehrte Umnutzung von Mietwohnungen zu Zweitwohnungen, temporär vermieteten Business-Apartments und Pensionen durch professionelle Anbieter. Zu diesen beiden zentralen Themen enthält der Entwurf keinerlei Analysen, geschweige denn Zielsetzungen und Vorgaben.

Ob es um den Denkmalschutz oder die Auswirkungen auf das Klima geht: Aus Sicht der AL fällt die Güterabwägung einseitig und meist undifferenziert zugunsten der Verdichtung aus, speziell dort, wo es sich um Areale gemeinnütziger Bauträger handelt. Hier ist eine Korrektur und Neubeurteilung nötig.

Mit dem Richtplanentwurf legt die Stadt die Karten auf den Tisch, wo in den nächsten Jahrzehnten vermehrte Baumöglichkeiten geschaffen werden sollen. Er enthält jedoch keine Angaben, mit welchen Massnahmen der dadurch ausgelösten Liegenschaftsspekulation entgegengewirkt werden soll. Dazu verlangt die AL ein konkretes Massnahmenpaket.

Bei den Schulanlagen fordert die AL eine offensivere Landsicherung durch Richtplaneinträge auch auf heute privaten Grundstücken, auch sollen Aufzonungen erst erfolgen, wenn die zusätzlich nötigen Infrastrukturen gesichert sind.

Arbeitsgruppe Richtplan der AL

Recht auf Wohnen

Lange bevor alle davon redeten, hat die AL Mindestanteile an gemeinnützigen Wohnungen bei Umzonungen eingefordert. Wir kämpfen zuvorderst für 100% auf dem SBB-Areal Neugasse und gegen die Abrissprojekte der Stiftung GGN und der à Porta Stiftung in Zürich. Dank einer AL-Motion wird die Stadt Winterthur Grundstücke künftig nicht mehr verkaufen. Aber die AL fordert mehr.

In Winterthur haben im November 2018 drei Viertel dafür gestimmt, dass die Stadt Grundstücke nur noch im Baurecht abgibt und nicht mehr verkauft. Das zeigt: Wohnen ist den Menschen wichtig, gutes und günstiges Wohnen (oder: gut und günstig wohnen) ist existentiell. Neben den Krankenkassenprämien sind die Wohnungsmieten der grösste Kostentreiber im Haushaltsbudget.

Recht auf Wohnen in der Kantonsverfassung

Die AL kämpft dafür, dass den Haushalten neben dem Zwangsbedarf für Wohnen auch Geld fürs Leben bleibt. Wir stellen klare Forderungen: zum Umgang des Kantons mit seinen eigenen Liegenschaften, zur Immobilienpolitik der Bundesbetriebe im Kanton, zum dringend nötigen Empowerment der Gemeinden in der Wohn- und Raumplanungspolitik und zur Stärkung der Mieterrechte. Und wir fordern ohne Wenn und Aber ein Recht auf Wohnen in der Kantonsverfassung, wie es etwa Genf und Baselstadt kennen. Damit können wir wohnpolitischen Massnahmen mehr Rückhalt geben.

Zahlbarer Wohnraum bei Kanton und BVK

Das Immobilienamt des Kantons Zürich und die Beamtenversicherungskasse (BVK) verfügen über ein grosses Immobilienportfolio. Bei der Bewirtschaftung der Wohnliegenschaften besteht dringender Korrekturbedarf:

- BVK und Immobilienamt müssen die Verwaltung ihrer Liegenschaften neu organisieren. Die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter müssen mehr ins Zentrum rücken.
- Bei Neuvermietungen muss das Mietrecht eingehalten werden. Mietaufschläge sind nur gerechtfertigt, wenn kein übersetzter Ertrag erzielt wird.
- Werden Liegenschaften saniert, muss zahlbarer Wohnraum erhalten werden, bei Abbrüchen ist den bisherigen

Mieterinnen und Mietern Ersatz anzubieten.

- Verkäufe von kantonalen Grundstücken an Private sind ausgeschlossen. Statt freiwerdende Areale dem Meistbietenden zu verkaufen, ist den Gemeinden ein Vorkaufsrecht zu tragbaren Konditionen einzuräumen.

SBB-Abzocke stoppen

Areale von SBB, Post oder Armasuisse, die einst vom Bund für einen öffentlichen Zweck erworben oder enteignet worden sind, sollen grundsätzlich weiterhin öffentlichen Zwecken dienen.

Der Kanton muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass betrieblich nicht mehr benötigte Liegenschaften des Bundes und seiner Betriebe nicht als Abzock-Vehikel missbraucht werden und den Gemeinden ein Vorkaufsrecht zu moderaten Bedingungen eingeräumt wird.

In der Stadt Zürich muss die SBB als 100 Prozent volkseigener Betrieb ihre Areale zur Realisierung des wohnpolitischen Grundsatzartikels – ein Drittel gemeinnützige Wohnungen bis 2050 – zur Verfügung stellen.

Mehr Gestaltungsspielraum für Gemeinden

Der Kanton muss den Gemeinden die raumplanerischen Instrumente in die Hand geben, die sie für eine Verdichtung mit sozialem Augenmass benötigen:

- Wenn Grundeigentümer von Ein-, Auf- und Umzonungen profitieren, müssen die Gemeinden Mindestanteile an preisgünstigen Wohnungen und eine Abgabe für die Realisierung von Grünräumen, Velostationen und Betreuungseinrichtungen einfordern können. Der untaugliche Entwurf der Regierung für ein Mehrwertausgleichsgesetz, der hier nur Hindernisse aufbaut, muss zurückgezogen und im Einvernehmen mit den Gemeinden überarbeitet werden.
- Die Städte müssen die zunehmende Umnutzung und Zweckentfremdung von Wohnraum in Zweitwohnungen, Business-Apartments und Pensionen mit kommunalen Regelungen einschränken und professionelle Anbieter, die dem Wohnungsmarkt damit Tausende von Mietwohnungen entziehen, einer Melde- und Bewilligungs-

pflcht unterstellen. Der Kanton muss sie dabei unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken

Wenn Liegenschaften in die Jahre kommen und eine Sanierung fällig wird, wittern immer mehr Hauseigentümer höhere Profite und schreiten zu Leerkündigungen. Langjährige Miethaushalte verlieren ihr Dach über dem Kopf, die Besitzer können die Mieten bei Neuvermietungen relativ ungehindert nach oben schrauben. Wer – wie die Mehrheit – zur Miete wohnt, sitzt ganz allgemein am kürzeren Hebel. Hohe Kosten verhindern oft den Gang vors Mietgericht.

Der Mieterschutz muss, soweit möglich, auch auf kantonaler Ebene gestärkt werden:

- Damit Mieterinnen und Mieter ihre Rechte wahrnehmen und durchsetzen können, sind in mietrechtlichen Verfahren allfällige Kostenvorschüsse massiv zu reduzieren, vor Mietgericht ist auf Gerichtsgebühren zu verzichten.
- Wo immer möglich, sind Erneuerungen in bewohntem Zustand – allenfalls in Etappen mit Rückkehrrecht – vorzunehmen. Subventionen für energetische Verbesserungen dürfen nur gewährt werden, wenn ein Verbleib der bisherigen Mieterschaft garantiert ist.
- Bei grösseren Sanierungen in unbewohntem Zustand und Abbrüchen wegen Ersatzneubauten muss den bisherigen Mieterinnen und Mietern ein Ersatz angeboten werden.

Walter Angst

Serie Wahlkampfthemen

In den nächsten Ausgaben des AL Info diskutieren wir an dieser Stelle vertieft die grossen Themen der bevorstehenden Kantons- und Regierungsratswahlen. Diesmal das Thema Wohnen, in der nächsten Nummer dann, wie wir eine bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen können.

AL-Spitzenkandidatin Nina Schneider

Wie bist Du zur AL gekommen?

Vor etwas mehr als 10 Jahren hatte ich einen Flyer der AL Winti im Briefkasten mit den Wahlunterlagen. Neben dem Inhalt hat mich der in Gestaltung etwas andere AL Flyer dazu bewogen, AL statt die Grünen zu wählen. Später bin ich dann über den Facebook-Kontakt an einer ersten Sitzung der AL Winti gelandet - und geblieben.

Wie findest Du die AL Winti und wo siehst Du sie in 10 Jahren?

Sie ist in meinen Augen richtig, wie sie ist. Sie hat keine formelle Vereinsstruktur. Es gibt die monatliche Sitzung und natürlich das Grundlagenpapier, der Rest ergibt sich irgendwie. Die Meinungen der einzelnen Personen zählen viel und jede*r engagiert sich für die ihm/ihr wichtigen Anliegen. Natürlich sind es oft dieselben Personen, die etwas machen. Und es kommen immer mal wieder Leute dazu. Für mich stimmt das Tempo. Wir



Nina Schneider aus Agasul.

werden gewählt für unsere politische Arbeit. Unser Wähler*innenanteil wächst schneller als wir personell, und das praktisch ohne Wahlkampf.

Einige von uns stehen dem Parlamentarismus kritisch gegenüber, obwohl wir im Gemeinde- und Kantonsrat vertreten sind und dies mittragen. Das löst immer wieder nötige Diskussionen aus. Ziel wäre ja eigentlich, dass es die AL im Parlament nicht braucht.

Die AL Winti als reine Plattform ohne parlamentarische Beteiligung?

Diese Frage habe ich für mich so noch nicht entschieden. Einerseits sehe ich die Gefahr, Teil des politischen Business und dort überfordert zu werden. Andererseits kann man die Parlamente nicht den etablierten Parteien überlassen. Und mittlerweile haben wir einen Auftrag von unseren Wähler*innen, den wir nicht einfach abgeben können.

Es ist auch eine Chance. Die Leute in der AL sind mutig. Sie machen den Mund auf, anstatt einfach nur im parlamentarischen Betrieb vor sich hin zu dümpeln. Wir lassen innerhalb dieses Systems unsere Kritik und die Utopie einsickern.

Du kandidierst für die Kantonsratswahlen 2019 an der Spitze der AL-Liste für den Bezirk Pfäffikon. Warum braucht es hier eine AL?

Es gibt im Bezirk viele kleine Weiler, wie Aagsul, indem ich jetzt zu Hause bin. Das sind kleine Biotope, in denen vielleicht das politische Streben nach der Utopie eher möglich ist als in Winti oder Zürich, die an andere Muster des Zusammenlebens und Produzierens gekoppelt sind.

Interview Marco Toscano

AL-Spitzenkandidat Mark Divo

Was überzeugt dich an der AL, wieso machst du da mit?

Die AL ist die einzige Partei, die sich nicht durch die Nähe zu Lobbyisten der Bau und Finanzbranche diskreditiert hat. Die AL steht für eine Politik der progressiven Vernunft, sie bietet eine realistische Alternative zu den bestehenden Parteien. Die AL steht für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und die Wahrung der demokratischen Freiheit. Das sind Werte, die unbedingt nötig sind, um unsere Gesellschaft auch in Zukunft zu einem lebenswerten Ort zu machen.

Warst du denn schon früher politisch aktiv?

Ich habe mich schon immer in verschiedenen Gruppen engagiert. Meine erste Demo habe ich als Schüler anlässlich der Katastrophe von Tschernobyl organisiert. Später habe ich mich vor allem in Kulturinitiativen zur Erhaltung von selbstbestimmten Räumen eingesetzt. Das Wohlgroth und die Wiedereröffnung des Cabaret Voltair sind einige Projekte, an denen ich massgeblich beteiligt war.

Warst du nie in einer Partei? Falls nein, weshalb nicht?

Nein, weil mich die hierarchischen Strukturen dieser Organisationen nicht angezogen haben. Ich war stattdessen in basisdemokratischen Gruppen aktiv. In den Zusammenhängen um die vielen selbstbestimmten Wohn- und Kulturprojekten, bei denen ich mitgemacht habe, ging es immer darum, eine Alternative zu den althergebrachten Strukturen vorzulegen.



Mark Divo - Spitzenkandidat in Uster.

Wofür lohnt es sich zu kämpfen?

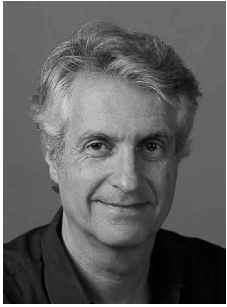
Der Kampf für eine angemessenere Verteilung der Ressourcen steht für mich an erster Stelle. Viele Grosskonzerne haben auf dem Rücken der Bevölkerung unglaubliche Mengen von Geld angehäuft. Anstatt diese Überschüsse gerecht zu verteilen, werden diese Mittel dazu benutzt, um extremistische Kräfte wie die SVP zu finanzieren. Das Ausspielen von verschiedenen Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft führt zur Polarisierung und gefährdet unsere Demokratie. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Was ist dein Ziel für Uster und wie erreichen wir das?

Uster ist die Stadt, in der ich gross geworden bin. Durch die fortschreitende Urbanisierung des Grossraums Zürich steigen auch hier die Mieten kontinuierlich. Der Ausbau von genossenschaftlichen Wohnungsbaus muss auch in Uster forciert werden, damit sich Familien mit Kindern diese Stadt auch leisten können. Es wäre schön, wenn es in Uster mehr Freiräume gäbe. Eine realistische Forderung wäre eine Liegenschaft, in der spontane und nicht kommerzielle Kulturanlässe stattfinden können. Ein solcher Ort würde die Stadt zu einem lebenswerteren Ort für alle Generationen machen.

Interview: Dayana Mordasini

Häuser der Stiftung MKZ – dem Markt entrissen!



Mitten in der Debatte um das Fussballstadion und die beiden umstrittenen CS-Türme gelang es der AL, andernorts einen wohnpolitisch wichtigen Akzent zu setzen.

Der Kampf um den Erhalt preisgünstiger Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Stiftungen mündete diesen Herbst in zwei Vorstösse, einer AL-Interpellation zu den vom Verkauf an den Höchstbietenden bedrohten Häusern der Förderstiftung Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) an der Dienerstrasse/Nietengasse und meiner von 45 Ratsmitgliedern mitunterzeichneten Schriftlichen Anfrage zur Rolle des Stadtrats beim Projekt der Neuüberbauung der Siedlung an der Hofackerstrasse.

Auslöser beider Vorstösse war die vom Mieter*innenverband organisierte Kundgebung am 24. Oktober auf der Ratshausbrücke, an der rund hundert Betroffene aus den genannten Siedlungen

teilnahmen und auch Mieter*innen der Stephan à Porta-Stiftung aus den dem Abbruch geweihten Häusern an der Egli-/Hohlstrasse und an der Kornhausstrasse. Es war dies Zeichen eines Aufschreis, der auch von den Medien aufgenommen wurde und im Rathaus Widerhall fand.

Nun die gute Nachricht: Der Verkauf im Bieterverfahren der vier Häuser mit 26 Wohnungen und Gewerberäumen im Kreis 4 konnte gestoppt werden. Stadtrat Filippo Leutenegger wies angesichts der Proteste die Stiftung MKZ an, einer Lösung Hand zu bieten, bei der die Interessen der Mieter*innen gewahrt bleiben. Die Häuser konnten an die Genossenschaft Dreieck veräussert werden.

Derweilen lässt die AL-Fraktion nicht locker und fordert, dass der Stadtrat seine Verantwortung wahrnimmt und alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um von gemeinnützigen Stiftungen, die Bauprojekte umsetzen wollen, sowohl Sozial- als auch Quartierverträglichkeit einzufordern.

Mischa Schiow, AL Gemeinderat

Unruhe bewahren

5. November AL-Widerstand zahlt sich aus. Aufgrund des politischen Drucks stoppt die stadtnahe Förderstiftung MKS das angelaufene Bieterverfahren und verkauft die Liegenschaften an der Nietengasse an die Genossenschaft Dreieck (vgl. Bericht nebenan).

22. November AL-Einwendung zum kommunalen Verkehrsplan. Die AL fordert eine Plafonierung der Arbeitsplätze, um den Pendlerverkehr einzudämmen, und klare Priorität für die geplanten Velorouten.

25. November In Winterthur sagen 75 Prozent Ja zum Grundsatz, dass städtisches Land nicht mehr verkauft, sondern nur im Baurecht abgegeben werden soll. Auslöser war eine Motion von AL-Gemeinderat David Berger.

29. November In ihrer Einwendung zum kommunalen Siedlungsplan übt die AL scharfe Kritik an der fehlenden Berücksichtigung der sozialen Aspekte der Verdichtung (vgl. Bericht Seite 4).

5. Dezember Markus Bischoff, AL-Fraktionspräsident im Kantonsrat, hat die Spitzenkandidat*innen der AL zu Gast. Im Restaurant Ziegelhütte stimmen sie sich auf den Kantonsratswahlkampf ein.

7. Dezember AL-Wahlkampf-Auftakt im «Seebähnli» unter dem Motto «Ready, Wädi, Go!». Unter anderem wird auch das neue AL-Wimmelbild präsentiert.

8. Dezember Mit einem Polit-Happening auf der Josefswiese visualisiert der Verein Noigass die enorme Dimension des 1925 von der SBB enteigneten städtischen Landes an der Neugasse. Begleitet von einer riesigen Immobilien-Krake ziehen gegen 300 Personen zur Europaallee und fordern «SBB: Gib unser enteignetes Land zurück!».

Taxigesetz: Gleiche Regeln für alle



Das neue Taxigesetz hat alle Ingredienzien für eine politische Debatte, bei der angesichts der unterschiedlichen Interessen der politische Kompass abhanden kommen kann.

Uber hat im Gegensatz zu den Taxis besonders bei jungen Leuten einen guten Ruf: das Auto kommt schneller, ist günstiger und seine Fahrer*innen sind freundlich. Ausserdem lässt sich die Uber-Technologie fantastisch einfach anwenden. Aber warum sind Uber-Fahrten so billig?

Die Antwort ist einfach. Ein langes Gesetz wird ausgenutzt und das ganze Betriebsrisiko auf die Fahrer*innen abgewälzt. Anders als Taxis müssen Uber-Autos nicht gekennzeichnet sein. Bei nur zwei Fahrten innerhalb von 16 Tagen müssen sich die Fahrer*innen auch nicht an Arbeits- und Ruhezeiten halten, wobei wohl alle häufiger für Uber fahren. Sie gelten als Selbständigerwerbende und sind doch von der Uber-Zentrale abhängig. Wie soll kontrolliert

werden, ob Sozialversicherungsbeiträge bezahlt und ob die Einnahmen versteuert werden?

Mit der Uber-Dumpingstrategie verlieren alle ausser der Konzern: Uber-Fahrer*innen verdienen sich mit ihren Fahrten bestenfalls ein Zubrot, während Taxifahrer*innen, die sich an alle Vorschriften (Bewilligungen, Arbeits- und Ruhezeiten etc.) halten müssen, zusätzlich unter der Uber-Konkurrenz leiden. So kann niemand mehr von dieser Arbeit leben.

Der Kantonsrat führte darüber eine leidenschaftliche Debatte. Eine bunte Koalition aus AL, SP, SVP, EVP, EDU und BDP setzte sich durch: Wer für Uber fährt, muss mit einer Vignette gekennzeichnet sein und ein Fahrtenbuch führen. Nur so ist gewährleistet, dass sich alle an dieselben Vorschriften halten. Statt einer Pro-Uber-Gesetzgebung gelten nun gleich lange Spiesse für alle.

Der Antrag, nebst den Höchsttarifen auch Mindesttarife vorzuschreiben, wurde leider abgewiesen. Aber nur die Festsetzung von Mindesttarifen hätte existenzsichernde Löhne garantieren können.

Markus Bischoff, AL Kantonsrat

Finanzen

Wir stehen bereits mitten im Wahlkampf! Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende:

Alternative Liste Zürich,
PC 87– 63 811– 5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Divestment!

Finanzinstitute veräussern auf politischen Druck ihre Anteile an Unternehmen, die Kohle, Öl oder Gas fördern. Prominente Beispiele: die Pensionskasse der Stadt New York, die Rockefeller-Stiftung oder der norwegische Staatsfonds.

Auch im Kanton Zürich tut sich etwas. Die Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich (BVK), grösste Pensionskasse der Schweiz, hat auf Druck der Politik letztes Jahr entschieden, nicht weiter in die Kohleförderung zu investieren. In Zürich fordert ein Postulat den Ausstieg der städtischen Pensionskasse und Unfallversicherung aus der Kohleförderung.

Doch das Divestment aus fossiler Energie ist nur Teil einer nachhaltigen Investitionsstrategie. Auch Unternehmen, die Menschen- und Arbeitsrechte missachten, synthetische Schädlingsbekämpfungsmittel oder Waffen herstellen, die Meere leer fischen oder mit Grundgütern spekulieren, sollen ausgeschlossen werden. Hingegen sind solche zu fördern, die für Kinderbetreuung, nachhaltige Landwirtschaft oder umweltschonende Mobilität eintreten. Die BVK verkündet auf ihrer Webseite, dies teilweise bereits umgesetzt zu haben. Zumindest ein Anfang.

Nebst der BVK ist auch die Kantonalbank ein grosser Akteur auf dem Finanzmarkt. Eine WWF-Studie von 2017 bewertet ihr Management ökologischer Kreditrisiken als unterdurchschnittlich. Ihrer Klientel bietet die Bank keine ernstzunehmende Möglichkeit, Ersparnisse nachhaltig anzulegen. Zwar rühmen sich einige ihrer angebotenen Fonds genau dafür, aber der «Swisscanto Equity Fund Sustainable Switzerland AA» – mit dem höchsten Nachhaltigkeitsindikator «A» versehen – hält grosse Positionen von Unternehmen wie Nestlé, Credit Suisse und Lafarge-Holcim, die regelmässig für sozial oder ökologisch unverantwortliches Handeln in der Kritik stehen.

Wie ein tatsächlich nachhaltiges Portfolio aussehen könnte, zeigen die Alternative Bank oder die Pensionskasse Abendrot. Mit strikten sozialen und ökologischen Standards erwirtschaftet ihre Anlagepolitik eine auch ökonomisch nachhaltige Rendite. Es ist an der Zeit, diese Denkweise – im Windschatten der Divestment-Bewegung – in der ganzen Finanzbranche zu etablieren. Die staatlichen Institute sollen dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Michael Schmid

Hängen Arbeitszeitverkürzung und Umweltschutz zusammen?

Angesichts der immer alarmierenderen Befunde zum Klimawandel kann man nicht mehr ignorieren, dass die Menschheit vor einer Bewährungsprobe steht, bei der es um Fortbestehen oder Untergang gehen könnte.

Zwar haben sich die Warnungen vor den Grenzen des Wachstums aus den 1970er Jahren als zu pessimistisch erwiesen. Doch angesichts der jüngsten Szenarien, bei denen ohne massives und sofortiges Gegensteuern innerhalb eines Jahrhunderts die meisten Küstenregionen unter Wasser stehen und grosse Gebiete wegen Hitze unbewohnbar werden dürften, bedeutet Gelassenheit Fatalismus. Wenn die Weltwirtschaft weiterwächst wie bisher, werden sich Güterproduktion und Dienstleistungen in 100 Jahren verachzigfach haben. Eine gewisse Regenerationsfähigkeit der Umwelt ist gegeben, und bei den Gütern ist mit zunehmendem Wohlstand eine allmähliche Wachstumsverlangsamung anzunehmen. Da die Umweltbelastung aber bereits jetzt unhaltbar ist, überschreitet die Herausforderung, die Produktion ausreichend von der Umweltbelastung zu entkoppeln, nach aller historischen Erfahrung das technisch Machbare. Natürlich wissen wir nicht, welche Fortschritte die Zukunft bringen wird, aber eine Verantwortungsethik, die dem Fortbestand der Zivilisation Priorität einräumt, darf nicht auf heute Unbekanntes setzen.

Eine in diesem Sinne absehbar erreichbare Entkoppelung um 1% pro Jahr ergäbe über 100 Jahre immer noch eine Vermehrung der Umweltbelastung um den Faktor 30. Um diese verheerende Entwicklung zu stoppen, bieten sich prinzipiell zwei Auswege: erstens gezielte Eingriffe zur Reduzierung schädlicher Aktivitäten und zweitens Verlangsamung

des Wirtschaftswachstums auf ein Niveau, bei dem die schädlichen Aktivitäten die Regenerationsfähigkeit des Planeten nicht überschreiten.

Für die erste Strategie gibt es ernüchternde Erfahrungen: Umweltsteuern und Lenkungsabgaben sind bislang immer die Zähne gezogen wurden. Dort, wo sie wehtäten, also besonders dringlich sind (u.a. extrem schmutzige Industrien, Treibstoffverbrauch der Fernpendler), werden Ausnahmen gemacht, und engagierte Politiker überleben im seltensten Fall eine Amtsperiode. Alleingang sei sinnlos und koste nur Arbeitsplätze. Hier herrscht also kollektive Unvernunft, und ohne eine Notstands-Weltregierung werden die sofort nötigen massiven Schritte nicht getätigt werden.

Die zweite Strategie hat mehr Erfolgsaussichten, da sie auch andere positive Folgen haben könnte und somit als politisches Programm realistischer ist. Wenn die Produktivitätssteigerungen nicht wie bis jetzt zumeist in höheren Konsum umgesetzt werden, sondern in Arbeitszeitverkürzung, würde die Umweltbelastung sofort nachhaltig reduziert, und das einhergehend mit einem besseren Leben: Ohne jeden Konsumverzicht liegt 1 Prozent pro Jahr im Bereich des Möglichen, binnen 35 Jahren wären wir bereits bei einer 20-Stunden-Woche. Auch mehr Urlaub eröffnet neue Möglichkeiten: Warum nicht wieder mit dem Schiff nach Amerika, statt mit dem Flugzeug? Entschleunigt und zudem CO₂-sparend!

Gut also, dass Arbeitszeitverkürzung wieder diskutiert wird, auch wenn 35 oder 28 Stunden, wie sie in der Schweiz und in Deutschland auf der Agenda stehen, für die Umwelt noch viel zu viele sind.

Michael Graff



Mit einer bunten Demo forderten am 8. Dezember Anhänger*innen des Vereins Noigass die Rückgabe des 1925 von der SBB enteigneten Landes an der Neugasse im Kreis 5.